

# H

# ereins-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 33

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementspreis 3 Mk. pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Liaus-Aroth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 2246.

Hamburg, den 14. August 1920

Anzeigen kosten die sechsgespaltene Non-  
pareilzeile oder deren Raum 1,50 Mk.  
(Der Betrag ist stets vorher einzufenden.)  
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

## Erwerbswirtschaft und Bedarfsdeckungswirtschaft.

Das Kennzeichen einer jeden kapitalistischen Wirtschaftsweise ist das Gewinnstreben, das heißt die Absicht, über die Deckung des Bedarfs hinaus Gewinn zu erzielen und diesen Gewinn aufzuspeichern. Der kapitalistisch denkende Mensch ist nicht damit zufrieden, sich durch seine wirtschaftliche Tätigkeit, sei es im Gebiete der Gütererzeugung oder der Güterverteilung, eine gute, auskömmliche Existenz zu schaffen, er will vielmehr noch obendrein Kapital ansammeln und für neue Unternehmungen zurückerlegen. Das müßte ein merkwürdiger Kapitalist sein, der am Ende des Geschäftsjahres, wenn er seine Bilanz zieht, mit Befriedigung feststellt, daß Einnahmen und Ausgaben gegeneinander aufgehen, ohne daß ein Ueberschuß dabei herausgesprungen ist. Seine Klassengenossen würden den Kopf schütteln über einen solch unkapitalistisch wirtschaftenden Auch-Kapitalisten, der den Grundsatz: „Vom Gewinn muß der Schornstein rauchen!“ mit Füßen tritt. Sie würden ihn wegen Verneinung des kapitalistischen Grundprinzips für verrückt erklären und unter Kuratel stellen lassen.

Der kapitalistische Geist, der unserm modernen Wirtschaftsleben seinen Stempel aufdrückt, unterscheidet sich von der Ausprägung der mittelalterlichen Menschen wesentlich dadurch, daß er Kapital aufhäufen will für die Zukunft, um die gegenwärtige Ausbeutung der beschlossenen Weltanschauung zu verewigen. Auch der Handwerksmeister und Händler des Mittelalters waren bestrebt, aus der unbezahlten Arbeit der Gesellen und aus der Uebervorteilung der Käufer Gewinne zu erzielen, aber er begnügte sich damit, anständig leben zu können. Eine Anhäufung von Reichthümern war danach ausgeschlossen, weil das Geld noch eine nebenwichtige Rolle spielte; wer sein gutes Auskommen hatte, war zufrieden mit dem Ergebnis seiner wirtschaftlichen Tätigkeit. Erst am Ausgange des Mittelalters zeigten sich zunächst im Warenhandel kapitalistische Absichten, die Umwandlung der Naturalwirtschaft in die Geldwirtschaft ermöglichte die Durchsetzung des kapitalistischen Prinzips und damit die Ausschöpfung von Kapital zum Zwecke immer neuer Ausbeutung. Als Folge dieser Entwicklung wurden die Gegensätze zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Kapital und Arbeit, immer schroffer und unüberbrückbarer.

Offenbar kommt es in der kapitalistischen Gesellschaft in allererster Linie auf den Gelderwerb an, die Deckung des Bedarfs kommt erst in zweiter Linie. Es werden Waren produziert, Gebrauchsgegenstände für andere, die gegen Geld ausgetauscht werden und mehr Geld bringen sollen, als sie gelostet haben. Den erzielten Ueberschuß steckt der Kapitalist in die Tasche, er verwendet einen Teil davon zu seinem Lebensunterhalte, den Rest schlägt er zu seinem Kapital. Dadurch unterscheidet er sich von dem Lohnarbeiter und dem Angestellten, die zufrieden sind, wenn sie ihr Auskommen haben und im günstigsten Falle einen Notgroßchen für das Alter zurückerlegen können. Ein Kapitalist betrachtet die Herstellung von Bedarfsgütern nur als Mittel zum Zweck des Geldverdienens. Wenn er zum Beispiel eine Schuhfabrik errichtet, so tut er das nicht, um Menschen mit Fußzeug zu versorgen, damit sie nicht barfuß herumlaufen brauchen, er tut es lediglich zu dem Zwecke, um Geld zu verdienen. Kann er diese Absicht nicht verwirklichen, weil infolge wirtschaftlicher Vorgänge ein Preissturz eintritt, so macht er die Bude einfach zu und legt sein Kapital in einem anderen Unternehmen an. Er kümmert sich nicht darum, daß seine Arbeiter arbeitslos werden oder daß Mangel an Schuhzeug vorhanden ist, er schert sich den Teufel um all diese Dinge; für ihn ist die Hauptsache, daß er sein Kapital verwerten, daß er Mehrwert erzielen kann. Darum ist es ihm ganz einerlei, welche Gebrauchsgegenstände er herstellt: Stiefelmische oder Schnucksachen, und mit welchen Waren er handelt. Das Geschäftemachen ist sein Lebenszweck, in welchen Bedarfsgütern dies geschieht, ist ihm völlig gleichgültig. Dieser auf dem Gewinn, von beruhende, aus dem Er-

werbstrieb entspringende kapitalistische Wirtschaftsweise stellt der Sozialismus eine neue Form des Wirtschaftslebens entgegen, nämlich die Bedarfsdeckungswirtschaft. Diese sozialistische Wirtschaftsweise der Zukunft verfolgt nicht den Zweck, daß einzelne Menschen oder Menschengruppen ihre Nebenmenschen ausbeuten und sich dadurch die Taschen füllen, sie läuft vielmehr darauf hinaus, so viel Bedarfsgüter zu erzeugen, daß jeder Mensch ein menschenwürdiges Dasein führen kann. Das Wohlergehen aller, die ihre Pflicht tun, ist das Ziel dieser neuen Wirtschaft, nicht der persönliche Vorteil der einzelnen. Die Steigerung der Gütererzeugung und die Regelung der Güterverteilung, die erstrebt wird, soll nicht den Zweck verfolgen, immer neue Reichthümer aufzuhäufen, sondern sie soll die Möglichkeit bieten, daß die Menschen besser als bisher ihre materiellen, geistigen, seelischen und kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen vermögen, daß sie mehr als bisher ein Dasein als wirkliche Kulturmenschen führen können. Der Mensch soll in den Vordergrund gedrängt werden, nicht das Kapital — um das Wohl des Menschen soll sich das Wirtschaftsleben drehen, nicht um den Geldsack. Der persönliche und allgemeine Bedarf der Menschen soll darüber bestimmen, was und wie produziert werden soll, nicht das Profitinteresse der Kapitalisten, wie es schon jetzt in einer Konsumgenossenschaft der Fall ist, die nicht wie ein Kapitalist eine Bäckerei errichtet, um Geld herauszuwirtschaften, sondern um ihre Mitglieder gutes, gesundes, preiswürdiges Brot zu liefern. Eine solche große, allgemeine Wirtschaftsgenossenschaft soll das deutsche Volk werden, in der unter Ausschaltung der Erwerbslöhner und der Ausbeutung peinlich bedacht genommen wird, daß jedes Glied dieser Volksgemeinschaft, sofern es seine Pflicht gegenüber der Allgemeinheit erfüllt, möglichst gut und reichlich seinen Bedarf decken kann. Eine solche Wirtschaftsweise hat auch noch den Vorteil, daß alle Fortschritte, alle Errungenschaften auf wirtschaftlichem Gebiete nicht mehr einer Gruppe von Menschen, den Kapitalisten, zugute kommen, sondern dem gesamten Volke.

Es sind im wesentlichen 2 Vorbedingungen einer jeden sozialen Bedarfsdeckungswirtschaft gegeben: einerseits die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln, die in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt werden müssen, und andererseits die Ersetzung der planlosen Produktionsweise, wie sie heute besteht, durch eine planmäßige Regelung der Gütererzeugung und Güterverteilung. Es müssen Wirtschaftsorganisationen geschaffen werden, die Bedarf und Bedarfsdeckung in ein richtiges Verhältnis bringen, die alle wirtschaftlichen Kräfte einheitlich zusammenfassen und auf ein gemeinschaftliches Ziel richten und die erfüllt sind, im Geiste der Solidarität, der Gerechtigkeit und der sozialen Gleichwertung. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine Sozialisierung und Demokratisierung unseres gesamten Wirtschaftslebens unbedingt nötig. Wenn es auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch sehr, oder fast unmöglich ist, diese Forderungen zu verwirklichen, so dürfen wir sie doch niemals aus den Augen lassen, denn ohne die soziale Demokratie oder dem demokratischen Sozialismus erscheint es völlig ausgeschlossen, die kapitalistische Erwerbswirtschaft durch eine sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft zu ersetzen. Und nur diese Form des Wirtschaftssozialismus bietet uns die Gewähr, daß auch der Kultursozialismus, das eigentliche Ziel der modernen sozialistischen Bewegung, seine Verwirklichung finden wird.

## Das haupttarifamt im Malergewerbe zu einer weiteren Lohnzulage.

Am 25. Juni vereinbarten die Vertreter der Parteien des Reichstaxtarifvertrages, daß zunächst örtlich oder für bestimmte Bezirke bis 31. Juli über eine Neuregelung der Tariflöhne im Malergewerbe zu verhandeln sei und daß über die dann verbleibenden Streitfälle das Haupttarifamt zu entscheiden habe. Da schließlich bei den hierauf stattgefundenen Zwischenverhandlungen die Arbeitgeber wie nach-

einer allgemeinen Parole jede weitere Lohnerhöhung ablehnten, mußte nunmehr das Haupttarifamt die bestehenden Differenzen beseitigen.

Bei den zu diesem Zwecke am 4. und 5. August im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Verhandlungen verhielten sich die Arbeitgebervertreter ebenfalls wieder ganz entschieden ablehnend, so daß es erst nach nahezu zweitägigen Auseinandersetzungen möglich war, daß der Verhandlungsleiter, Herr Assessor Dr. Goldschmidt, über die den Gehilfen in den 188, außer in Bayern, strittig gebliebenen Orten zu gewährenden Löhne entscheiden konnte. Hierdurch wurde für die große Mehrzahl der Orte eine Lohnerhöhung von 20 und 30 % für die Stunde festgesetzt; Berlin und 3 andere Orte erhalten 40 %, einige Orte weniger als 20 % und für 28 Orte bleibt es bei den bisherigen Löhnen. Darunter befinden sich die mit bisher schon 8 Mk. Stundenlohn.

Die neuen Löhne sind vom 9. August an zu gewähren. Ueber die Höhe der für den einzelnen Ort in Betracht kommenden Lohnerhöhung werden unsere Filialen durch die Bezirksleiter besonders informiert.

Für Bayern, wo das Lohnabkommen vom 3. Mai in einigen Städten bisher noch nicht restlos durchgeführt wurde, ist vereinbart, daß dies spätestens vom 1. Juli an zu erfolgen hat und daß in der Woche vom 10. bis 15. August besondere Verhandlungen im sozialen Ministerium zu München stattfinden sollen. Führen diese zu keiner Einigung, so entscheidet auch hierüber das Haupttarifamt endgültig. Ueber die Verhandlungen werden wir dann noch eingehender berichten.

## Erwerbslosensfürsorge oder Arbeitsloserversicherung.

I.  
Solange eine kapitalistische Produktion besteht, werden sich infolge dieser Wirtschaftsweise die Wirtschaftskrisen mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederholen. Als Endziel sieht der Sozialismus ja nun die völlige Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft an. Weil aber dieses Ziel nicht von heute auf morgen erreicht werden kann, ist es die Aufgabe der modernen Arbeiterbewegung, für diese Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsweise durch Einführung von Unterstützungsanstaltungen in angemessener Weise zu sorgen.

In den deutschen Gewerkschaften hatte man bereits frühzeitig erkannt, daß durch Einführung von Unterstützungen der einzelne Arbeiter sowohl als die Gesamtheit der Arbeiter in ihrer Kampfstrategie gegenüber dem Unternehmertum wesentlich gestärkt wurden. Es muß festgestellt werden, daß die Unterstützungen innerhalb der Gewerkschaften eine Erhöhung der Kampfstrategie gebracht haben. — Infolge der riesigen Entwicklung, die der Kapitalismus annahm, vergrößerten sich aber auch die Massen der Arbeitslosen bei den Krisen. Die von den Gewerkschaften gezahlten Unterstützungen reichten nicht aus, um die Massen vor der Verelendung zu bewahren. Aus diesem Grunde forderte man vom Staate, der die kapitalistische Produktionsweise unterstützte, ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen.

Das Reich, wie die Einzelländer hatten aber bis zum Ausbruch des Krieges auf diesem Gebiete nichts geleistet. Das ist ein Beweis dafür, daß die Mächte des Großkapitals bei uns in wirtschaftlicher sowohl als politischer Hinsicht bei den regierenden Stellen einen großen Einfluß besaßen. Der Kapitalismus vertritt den Standpunkt, daß der Arbeiter sich eher unter sein Joch beugt, je mehr ihn die elende Lage seiner Familie dazu zwingt. Allein aus diesem Grunde heraus ist es zu erklären, daß man sich in Deutschland in allen sozialpolitischen Fragen erst zu Zugeständnissen bereit erklärte, wenn man ein Anwachsen der Macht des Proletariats befürchtete. Wir haben heute wohl eine Erwerbslosenunterstützung, eine Arbeitslosenunterstützung, aber wie sie von uns immer gefordert wurde, besteht sie bis heute noch nicht.

Es ist schon gesagt worden, daß bis zum Ausbruch des Krieges vom Reich und den Einzelländern nichts getan wurde. Nur in einigen Städten hatte man eine, wenn auch unzureichende Lösung der Unterstützungsfrage getroffen. Bis zum Jahre 1913 hatten insgesamt 11 deutsche Städte eine Erwerbslosenunterstützung mit Anlehnung an das sogenannte Genter System geschaffen. Dieses Genter System sieht vor, daß bei einer gewissen Mindestleistung der Gewerkschaften, diesen die ausgezahlte Unterstützung zum Teil zurückvergütet wird. Der Staat zahlt einen Zuschuß, nicht aber den Gesamtaufwand der Unterstützung. Mit Anlehnung an dieses System hatten also bis zum Jahre 1913 die Städte Straßburg, Mühlhausen, Erlangen, Nürnberg, Freiburg i. B.,





